

Impulspapier der AG-Haushalt der SPD-Bundestagsfraktion

Belastungsgerechtigkeit als Leitprinzip notwendiger Re- formen

Wir müssen ehrlich sein

Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Wir müssen den Sozialstaat stabilisieren, den Haushalt konsolidieren, unsere Sicherheit gewährleisten, unsere Wirtschaft wieder wettbewerbsfähig machen und zugleich massiv in die Zukunft investieren.

Die vergangenen Jahre haben dabei gezeigt, wie verwundbar unser Land ist. Die Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die Energiekrise, die Inflation, die Handelskonflikte, die geopolitischen Spannungen und neue sicherheitspolitische Risiken wirken bis heute nach. Sie belasten private Haushalte, Unternehmen und öffentliche Finanzen.

Diese Herausforderungen lassen sich weder wegdiskutieren noch auf spätere Legislaturperioden verschieben. Wer notwendige Reformen vertagt, schützt Menschen nicht vor Belastungen – er verschiebt Belastungen in die Zukunft und macht sie größer. Reformverzicht ist keine soziale Politik. Reformverzicht bedeutet: höhere Beiträge, steigende Eigenanteile, weniger Spielräume für Investitionen und zunehmenden Druck auf Beschäftigte, Familien und kommende Generationen.

Für die SPD folgt daraus ein klarer Auftrag: Wir dürfen die notwendige Modernisierung unseres Landes nicht gegen soziale Gerechtigkeit ausspielen. Aber wir dürfen soziale Gerechtigkeit auch nicht als Argument gegen notwendige Reformen missverstehen.

Fest steht: Die erheblichen Finanzbedarfe im Bundeshaushalt und in den sozialen Sicherungssystemen erfordern mutige Maßnahmen. Deshalb müssen wir ehrlich sagen: Die kommenden Reformen werden nicht ohne Belastungen gelingen. Wer etwas anderes verspricht, weckt falsche Erwartungen.

Belastungsgerechtigkeit als Maßstab

Nicht jede Belastung ist ungerecht. Ungerecht sind Belastungen, die einseitig verteilt werden oder diejenigen überfordern, die ohnehin unter Druck stehen. Kleine und mittlere Einkommen dürfen nicht die Hauptlast tragen. Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentnern, Familien, Pflegebedürftigen oder Kommunen dürfen nicht

überfordert werden. Es ist vielmehr erforderlich, dass gerade auch die hohen und höchsten Einkommen und Vermögen ihren fairen Anteil tragen. Wer mehr leisten kann, muss stärker beitragen.

Zugleich müssen wir auch immer die Generationengerechtigkeit mitdenken und dürfen die Lasten nicht einseitig in Form eines Sanierungsstaus auf unsere Kinder verschieben. Belastungsgerechtigkeit ist damit mehr als Umverteilung. Sie verbindet Solidarität mit Verantwortung.

Klare Prioritäten setzen

Mit Blick auf den Haushalt darf eine sozialdemokratische Konsolidierungspolitik aus diesem Grund nicht allein auf pauschale Kürzungen setzen. Sie muss Prioritäten setzen. Deshalb müssen auch alle staatlichen Ausgaben konsequent auf ihre Wirksamkeit überprüft werden. Subventionen und Finanzhilfen gehören regelmäßig auf den Prüfstand: Wo kein erkennbarer volkswirtschaftlicher Nutzen entsteht, Fehlanreize verstärkt werden oder klimaschädliche Wirkungen bestehen, müssen staatliche Unterstützungen hinterfragt und gegebenenfalls beendet werden.

Dabei kann der Staat nicht jede Zukunftsaufgabe allein finanzieren. Gerade bei Infrastruktur, Transformation, Digitalisierung, Wohnungsbau, Energie, Innovation und Sicherheit brauchen wir auch privates Kapital und unternehmerische Initiative. Dafür müssen wir Vertrauen schaffen, Verfahren beschleunigen, klare Regeln setzen und öffentliche Mittel so einsetzen, dass sie privates Kapital hebeln und zusätzliche Investitionen auslösen.

Gleichzeitig reicht eine Debatte über Ausgaben allein nicht aus. Auch die Einnahmeseite des Staates muss Teil einer ehrlichen Konsolidierungsstrategie sein. Wer dauerhaft handlungsfähige öffentliche Haushalte will, muss darüber sprechen, wie Finanzierungslasten fair und gerecht verteilt werden können. Belastungsgerechtigkeit bedeutet auch hier: Die Finanzierung gemeinsamer Aufgaben darf nicht einseitig zulasten der breiten Mitte erfolgen. Ein leistungsfähiger Staat braucht eine tragfähige und gerechte Finanzierungsbasis.

Das gilt insbesondere auch für die Einkommensteuer: Es braucht eine Reform, um die breite Mitte der Bevölkerung vor dem Hintergrund der durch die Krisen gestiegenen Lebenshaltungskosten und der Belastungen durch die notwendigen Reformen zu entlasten. Ansonsten riskieren wir soziale Härten und einen weiteren Dämpfer für unsere Wirtschaft. Die haushaltspolitische Realität erfordert zugleich eine möglichst aufkommensneutrale Reform. Gerade deshalb müssen die hohen und höchsten Einkommen auch einen stärkeren Beitrag leisten.

Unser Ziel: eine freie, sichere und solidarische Gesellschaft

Das Leben der Menschen in Deutschland muss bezahlbar sein. Lebensmittel, Miete, Energie, Benzin, Kinderbetreuung, Arztbesuche, Medikamente, Pflege, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe dürfen nicht zur dauerhaften Überforderung werden. Bezahlbarkeit ist deshalb keine Nebenfrage, sondern eine zentrale sozialdemokratische Zielperspektive.

Wir wollen einen starken Staat mit einer funktionierenden öffentlichen Infrastruktur, einer starken Wirtschaft und leistungsfähigen sozialen Sicherungssystemen. Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger nach innen wie nach außen gewährleistet. Grundlage dafür sind solide und nachhaltige öffentliche Finanzen und gute, fair bezahlte Arbeit, die Wohlstand und gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern. Für eine nachhaltige und klimaneutrale Zukunft.

Unser Anspruch

Als Haushälterinnen und Haushalter der SPD-Bundestagsfraktion sagen wir daher klar: Wir müssen uns ehrlich machen. Die kommenden Reformen sind für unser Land zwingend notwendig und sie werden nicht ohne Belastungen möglich sein.

Belastungsgerechtigkeit ist dabei unser Leitprinzip. Jeder muss seinen fairen Anteil tragen, die Belastungen müssen gerecht verteilt werden. Wenn der Staat handelt, dann mit klaren Prioritäten: Alltag absichern, Sozialstaat stabilisieren, Sicherheit gewährleisten, Zukunftsinvestitionen schützen.

So schaffen wir ein modernes, sicheres, soziales und bezahlbares Deutschland.

Kernbotschaften

Reformen sind notwendig

Deutschland steht vor Aufgaben, die wir nicht vertagen können: Sozialstaat stabilisieren, Haushalt konsolidieren, Sicherheit gewährleisten und Zukunftsinvestitionen ermöglichen.

Ehrlich bleiben

Wir müssen offen sagen, dass diese Reformen nicht ohne Belastungen gelingen werden, denn falsche Versprechen schaffen kein Vertrauen.

Belastungen gerecht verteilen

Belastungsgerechtigkeit heißt, dass kleine und mittlere Einkommen nicht die Hauptlast tragen, sondern dass auch hohe und höchste Einkommen und Vermögen ihren fairen Anteil tragen.

Unser sozialdemokratischer Anspruch

Unser Ziel ist ein modernes, sicheres und solidarisches Deutschland, in dem der Staat handlungsfähig bleibt und alle Menschen bezahlbar, selbstbestimmt und sicher leben können.